C14 Jurist.innenausbildung menschlich gestalten

Antragsteller*in: Jusos Jena
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:

Jurist:innen befinden sich in Deutschland auch abseits von BVerfG und BGH in Machtpositionen. Regelmäßig stellen etwa Jurist:innen die größte Berufsgruppe im Bundestag und in Landtagen. Gleichzeitig ist das Jurastudium unnötig schwer und langwierig. Zugleich wirkt die Struktur des Studiums abschreckend auf Erstakademiker:innen und Studierende aus sozial schwachen Familien. Das führt im Ergebnis dazu, dass solche Gruppen unter Jurist:innen unterrepräsentiert sind. Zugleich besteht in Thüringen ein erheblicher Mangel an Absolvent:innen in allen juristischen Berufen der zu überlangen Verfahren vor Gericht und in der Verwaltung führt.

Die Jusos Thüringen setzen sich daher dafür ein, dass das Studium der Rechtswissenschaft niedrigschwelliger zugänglich und unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Elternhauses, die Ausbildung junger Jurist:innen fairer und menschenfreundlicher wird, feministische Themen zu Studieninhalten werden und dass der Ausbildungsstandort Thüringen gestärkt wird, damit auch in Zukunft die Funktionsfähigkeit der Justiz erhalten werden kann. Zu diesem Zweck fordern die Jusos Thüringen die Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

1. Langfristig wird die Ausbildung zum:zur Volljurist:in in Thüringen und Deutschland zu einem Bachelor/Master-Studiengang umstrukturiert. Die Staatsexamina werden abgeschafft.

2. Kurzfristig soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Staatsexamensklausuren elektronisch abzulegen, um zu verhindern, dass Jahr für Jahr zahlreiche Studierende und Referendar:innen körperliche Schädigungen, durch die extreme Schreibbelastung erleiden, sowie unfaire Bewertungen von Examensleistungen auf Grund des Schriftbilds passieren.

3. Der Umfang der Studieninhalte im Ganzen wird reduziert. Der Fokus soll nicht auf dem Auswendiglernen von Kleinstproblemen liegen, sondern auf dem Erlernen der Systematik und der Methodik des Rechts.

4. Die Studieninhalte sollen um feministische Themen ergänzt werden. Das Sexualstrafrecht soll entweder im Rahmen der Vorlesung „Strafrecht – Besonderer Teil“ oder im Rahmen einer eigenständigen Vorlesung in der Ausbildung behandelt werden. Die Universitäten sollen verpflichtet werden, eine solche Vorlesung anzubieten, die Teilnahme soll für die Studierenden aber freiwillig sein.

5. Lehrpersonen sollen verpflichtet werden, regelmäßig an einer Pädagogikschulung teilzunehmen. Dadurch soll der Mehrwert der Vorlesungen gegenüber dem Selbststudium erhöht werden.

6. Das von der Universität angebotene Repetitorium soll gegenüber den privaten, kommerziellen Anbietern soweit ausgebaut werden, dass das Bedürfnis nach teuren privaten Repetitorien entfällt. Die Ausstattung der Bibliothek soll weiter verbessert, insbesondere das Angebot an Online-Datenbankzugriffen deutlich ausgeweitet werden, indem der Etat der Bibliothek erhöht wird.

7. Rechtsreferendar:innen werden in Thüringen schlecht bezahlt. Ein großer Teil des Gehalts muss für Bahntickets aufgewendet werden, da die Ausbildungsstätten in ganz Thüringen verteilt sind. Wir fordern, dass Referendar:innen zusätzlich zum Gehalt ein Jobticket[1] bezahlt wird, um einerseits den Standort Thüringen mit Blick auf den massiven Richter:innenmangel zu stärken und andererseits die Hürden für finanziell schlecht abgesicherte Absolvent*innen abzubauen. Außerdem sollen Rechtsreferendar*innen in Thüringen verbeamtet werden.

8. Die einzige Universität in Thüringen an der Jura studiert werden kann befindet sich in Jena. Die Ausbildung der Referendare erfolgt allerdings über das ganze Land verteilt. Dadurch sind Referendare gezwungen aufwendig umzuziehen. Das führt nicht nur zu erheblichen Belastungen für Studierende sondern bewirkt auch, dass mehr Referendar:innen die Möglichkeit des Umzuges nutzen um Thüringen den Rücken zu kehren. Die Lehrveranstaltungen während des Referendariats sollen daher in Jena stattfinden. Die Stammdienststellen sollen dabei an den Landgerichten verbleiben.

[1] Vorbild Hessen

Begründung

Erfolgt mündlich.